

## "Wie man Europa näherkommt" in Die Zeit (10. Oktober 1957)

**Legende:** Dans un article paru le 10 octobre 1957 dans l'hebdomadaire allemand Die Zeit, Curt Christoph von Pful, rapporteur auprès du secrétariat général du Conseil de l'Europe, envisage une possible rationalisation des différentes institutions des organisations européennes. Il voit notamment dans l'interaction entre l'assemblée consultative du Conseil de l'Europe et la future assemblée des Communautés européennes un moyen d'arriver à terme à l'unification du continent européen.

**Quelle:** Die Zeit. 10.10.1957, n° 41. Hamburg.

**Urheberrecht:** (c) Curt Christoph von Pful

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"wie\\_man\\_europa\\_naherkommt"\\_in\\_die\\_zeit\\_10\\_oktober\\_1957-de-753db230-f0d4-492b-b054-c4d7a1109b5f.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 19/09/2012

## Wie man Europa näherkommt

### Gedanken zur Rationalisierung der europäischen Institutionen/Von C. C. von Pful

Wieder einmal wird am 16. Oktober in Straßburg die Beratende Versammlung des Europa-Rates zusammentreten (und zwar zum zweiten Teil ihrer 9. ordentlichen Sitzungsperiode). Eines der Beratungsthemen lautet: „Rationalisierung der europäischen Einrichtungen.“ – Das Wort vom europäischen Zusammenschluß kommt nur allzu leicht von der Zunge; schwer indes ist es, jene institutionelle Formen zu finden, die in unserer politischen Wirklichkeit einem gangbaren Weg nach Europa eröffnen. Wir haben Dr. C. C. von Pful, Berichterstatter beim Generalsekretariat des Europa-Rates, gebeten, seine Gedanken über eine Vereinfachung der europäischen Einrichtungen zu entwickeln.

Der Präsident des Montan-Parlamentes, Professor Furler, hat sich vor einiger Zeit mit Recht gegen die von Großbritannien lancierte Idee einer „einzigsten großen europäischen Versammlung“ für solange ausgesprochen, als diesem Parlament nicht wirkliche und umfassende Befugnisse gegeben werden könnten. Inzwischen ist dieser in der Öffentlichkeit als *Grand Design* bezeichnete Plan sanft entschlafen — allerdings nur insofern, als es sich um ein im Raume schwebendes Parlament handelt. Bereits in den ersten Tagen der Vorblüte hat ihm der bundesrepublikanische Verkehrsminister den Garaus gemacht. Wahrscheinlich wird Dr. Seeböhm die Täterschaft entrüstet zurückweisen und erklären, er habe der Versammlung nur einen Bericht der Verkehrsministerkonferenz vorgetragen und sei dann wieder den heimatlichen Penaten zugeeilt, von *Grand Design* habe er eigentlich nie gesprochen.

Das ist richtig. Dr. Seeböhms Ausführungen waren sogar ausgezeichnet. Ohne daß sich aber wohl weder er noch viele andere in der Versammlung etwas dabei gedacht haben mögen, ist mit seinem Bericht gewissermaßen *en miniature* das vorexerziert worden, was sich die Engländer unter ihm vorstellen. Das brave Straßburger Parlament hat dabei – von ihm selbst vielleicht sogar unbemerkt – im Verhältnis zu den europäischen Verkehrsministern bereits die „neue einheitliche Versammlung“ gespielt, die zu einem europäischen Problem – nämlich dem des Verkehrs – Stellung nehmen sollte.

Diese *ungewollte Generalprobe* war aber nun wohl selbst für die Erfinder des *Grand Design* eine Enttäuschung. Zwar wurde „Stellung genommen“, aber doch mit jener müden Resigniertheit eines Arztes, der genau weiß, daß sein Patient nicht „hören“ wird und daß es keine Möglichkeiten gibt, seine Ratschläge durchzusetzen. Es kam zu einer Diskussion, einfach weil die Abgeordneten das Gefühl hatten, daß ihre Erläuterungen und Wünsche keiner ihnen gegenüber verantwortlichen Exekutive – wenn auch noch so schwacher Form – laut werden würden.

Genauso wäre es mit der „einen großen europäischen Versammlung“ des *Grand Design* geworden. Da ihr eine Exekutive irgendwelcher Art nicht entsprochen hätte, wäre sie ein rein „akademisches“ Gremium geblieben, dessen Sprüche im Nichts hätten verhallen müssen.

### Europas Hauptstadt Paris?

Obwohl *Grand Design* tot ist, ist es mitnichten die Idee, alle europäischen Versammlungen zu rationalisieren. *Diese Idee ist sogar höchst lebendig.* Erst vor kurzem hat der Politische Ausschuß des *Straßburger Europarates* seinem Plenum empfohlen, sich für einen „einzigsten und gemeinsamen Sitz“ nicht nur der parlamentarischen und Exekutivbehörden der „Sechs“, sondern auch der übrigen europäischen Organisationen einzusetzen. Als gemeinsamer Sitz wird eine „zentralgelegene Stadt“ mit modernen Verkehrsmöglichkeiten vorgeschlagen. Auch soll diese Stadt die Gewähr dafür bieten, daß die internationale Presse in ihr die entsprechenden Arbeitsbedingungen vorfindet. Der Ort ist nicht genannt. Da aber die Empfehlung von Sir *Robert Boothby* ausgeht, ist unschwer zu raten, wie diese Stadt heißt. Es sei eine „Zumutung“, nach Straßburg zu fahren, erklärte Boothby bereits das letzte Mal in der Beratenden Versammlung. Und als man ihm entgegenhielt, daß es in Paris der Versuchungen zu viele gäbe, antwortete er: „Es ist noch immer besser, versucht als übergangen zu werden. Dem einen kann man widerstehen, dem anderen aber gegenüber ist man machtlos.“

Sir Robert Boothby hat mit seiner neuerlichen Initiative vor allem hinsichtlich der Sechs Staaten der künftigen Zollunion recht. Nicht nur die Versammlung des Gemeinsamen Marktes, Euratoms und der

Montanunion sollten – wie es auch vorgesehen ist – verschmolzen werden, auch die übrigen Organe dieser drei Institute gehören an einen Ort. Praktisch müssten nämlich die Luxemburger Behörden allmählich in denen des *Gemeinsamen Marktes* aufgehen. Wie dieser *eine* Ort heißt – ob Luxemburg, Paris oder Brüssel – ist von untergeordneter Wichtigkeit, obgleich natürlich Paris als künftige europäische Hauptstadt sehr viel für sich hätte.

### Haus der „Sechs“ und „Fünfzehn“

Für die *übrigen* europäischen Institutionen ist es viel wichtiger, aufgabenmäßig rationalisiert als geographisch verlegt zu werden. Vor allem sollte man erst einmal die *Verteidigungsaufgaben* aus ihnen ausklammern und dies einer besonderen Organisation übertragen. Die gegenwärtige Lösung – Verteidigungsfragen in zwei Organisationen, nämlich dem Europa-Rat *und* der Westeuropäischen Union (WEU) — ist sinnlos, zumal dem Europa-Rat drei neutrale Staaten (Schweden, Österreich und Irland) angehören, und in dem anderen zu Verteidigungszwecken ausdrücklich gegründeten Gebilde der WEU so wesentliche europäische NATO-Mitglieder, wie Dänemark, Norwegen, Island, die Türkei und Griechenland überhaupt fehlen.

Aus der *Westeuropäischen Union* sollte man daher unter Einbeziehung der eben erwähnten Staaten eine Art europäischer NATO-Gruppe machen. Alle politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen aber sollte man unter OEEC und dem Europa-Rat aufteilen, dessen Beratende Versammlung nicht nur *de facto*, sondern auch *de jure* zum parlamentarischen Gremium beider Organisationen werden müßte.

Man hätte dann — abgesehen vom Verteidigungsparlament — zwei Häuser, eins der „Sechs“ und ein anderes der „Fünfzehn“, oder später vielleicht sogar „Sechzehn“, „Siebzehn“ oder noch mehr Staaten.

Das Haus der „Sechs“ würde der „Hohen Behörde“, der „Euratomkommission“ und der sogenannten „europäischen Kommission“ des Gemeinsamen Marktes als Versammlung dienen; das Haus der „Fünfzehn“ („Sechzehn“ oder „Siebzehn“) Staaten aber einem Ministerkomitee, das für politische, wirtschaftliche und kulturelle Fragen zuständig wäre, das also die Aufgaben der bisherigen Ministerräte des Europa-Rates und der OEEC übernehme. Beide Häuser könnten sogar eine Art gemeinsames Parlament bilden, selbst wenn sie an verschiedenen Orten tagten. Sie könnten sich sogar der gleichen Versammlungssekretariate bedienen.

Die Kammer der „Sechs“ sollte, da sie als erste wirkliche parlamentarische Befugnisse auf dem Gebiet von Kohle und Stahl, Zölle und Euratom erhalten können, vielleicht schon bald aus direkten Wahlen hervorgehen (aber Vorsicht mit direkten Wahlen, solange der so gewählten Versammlung nicht wirkliche Befugnisse zustehen). Die Kammer der „Fünfzehn“ („Sechzehn“, „Siebzehn“, oder mehr Staaten) müßte sich aus Delegierten zusammensetzen, die einstweilen noch von den nationalen Parlamenten ernannt würden.

Auf diese Weise könnten alle europäischen Staaten an einem *äußeren Kreise*, der lose Gebundenen, mitwirken. Sowie sich aber einzelne von ihnen zu wirklichen Souveränitäts-Übertragungen entschließen sollten — wie es die „Sechs“ auf gewissen Gebieten bereits getan haben —, könnten sie sich ohne Schwierigkeiten außerdem am *inneren Kreis* der „Sechs“ beteiligen.

Die Vorteile dieser Lösung wären offenbar. Wahrscheinlich würden diejenigen OEEC-Mitgliedstaaten, die bisher dem Europa-Rat – insbesondere wegen seiner Verteidigungsdebatten – fernblieben, sich dann ihm allmählich sogar zugesellen.

*Weitere Vorteile wären:*

1. Keine Zuständigkeitsüberschneidungen wie bisher.
2. Kein Erfordernis der Umorganisation im Fall eines Beitritts weiterer Staaten (Schweiz und so weiter), auch solcher bestrittener Art (Jugoslawien), später vielleicht sogar einmal solcher, die heute noch jenseits des Eisernen Vorhanges liegen.

3. Kein Erfordernis der Umorganisation im Falle einer Erweiterung der sachlichen Zuständigkeiten *eines Hauses*.

4. Das Haus der „Fünfzehn“ würde überdies, falls es zu einer Freihandelszone kommen sollte, ohne Schwierigkeiten auch als Parlament für diese Freihandelszone dienen können.

5. Ein gemeinsames Sekretariat für beide Häuser würde keine Schwierigkeiten bereiten.

Natürlich würde die Versammlung der „Fünfzehn“ infolge ihrer Zuständigkeit für politische Probleme die *Verteidigungsfragen* nicht immer ganz aus ihren Erörterungen fernhalten können. Das intensive Zusammentreffen von politischen und Verteidigungsangelegenheiten aber - wie gegenwärtig, regelmäßig im Europa-Rat -, das die Mitarbeit von Staaten wie der Schweiz und so weiter verhindert, fiel weg. Andererseits würde das neue Verteidigungsparlament den Europäern Gelegenheit geben, mit den Amerikanern und Kanadiern gemeinsam die Lebensfrage des Westens zu erörtern.

Alle diese Dinge brauchen natürlich Zeit — sogar viel Zeit. Über einen neuen Sitz des Europa-Rates sollte man daher vorläufig nicht reden. Für das hier behandelte Projekt machte es nichts aus, wenn das „Haus der Sechs“ an einem anderen Ort als das „Haus der Fünfzehn“ tagte. Es würde sogar nichts dagegen sprechen, die Parlamente der „Sechs“ und der „Fünfzehn“ einstweilen wie bisher in Straßburg zu belassen, selbst wenn die Exekutiven der drei Sechser-Organisationen nach Paris oder Brüssel kämen.

Dringlich ist nur die Verlegung aller Exekutiven der „Sechs“ an *einen* gemeinsamen Ort und eine neue Zuständigkeitsaufteilung der übrigen Organisationen. Alles andere ergibt sich dann von selbst.

Der Europa-Rat ist überdies seiner ganzen Struktur nach *die* Organisation, die am ehesten die Brücke über den Eisernen Vorhang schlagen könnte. Wenn es daher eines Tages darum ginge, ihn von Straßburg zu verlegen, dann sollte dieser neue Ort vielleicht sogar *Wien* heißen. Der Europa-Rat - also das künftige „Haus der Fünfzehn“ — ist nämlich keine Vorstufe einer Europäischen Regierung, es soll nur die besten Wege *zu* einer solchen finden. Und für ein Gesamt-Europa findet man diese vielleicht eher an der Donau als an der Seine.